



Empfehlungen der Deutschen Phosphor-Plattform DPP e.V. zur Integration des Phosphorrecyclings in das Wahlprogramm 2024/2025:

Nachhaltiges Phosphormanagement und Ressourcenautonomie für Deutschland

Die Klärschlammverordnung (AbfKlärV) verpflichtet ab 2029 kommunale Klärschlammhersteller zu einer Phosphorrückgewinnung aus Klärschlamm bzw. Klärschlammmasche. Diese Verpflichtung und das Datum der Fristsetzung wurden von der aktuellen Regierung in einer Erklärung im August 2024 nochmal bestätigt. Die Verordnung bleibt bestehen, da die Phosphorrückgewinnung aus mehreren Gründen von hoher Bedeutung ist (siehe Punkt 1).

Zusätzlich fordert die von der EU verabschiedete kommunale Abwasserrichtlinie (KARL) eine deutliche Reduzierung der Einleitung von Stickstoff und Phosphor in Gewässer und richtet die Klärschlammbewirtschaftung perspektivisch auf die Rückgewinnung von Ressourcen aus. Dies erfordert ebenfalls Investitionen in entsprechende Infrastrukturen. Beide Anforderungen sollten zügig und zielgerichtet umgesetzt werden. Ein abgestimmtes Vorgehen bietet zudem die Möglichkeit, die entstehenden Kosten transparent und verständlich an die Bürger zu kommunizieren.

1. Hintergrund: Bedeutung der Phosphorrückgewinnung

Phosphor ist eine unverzichtbare Ressource für Landwirtschaft und Industrie und kann nicht durch andere Elemente ersetzt werden. Da Deutschland über keine eigenen abbauwürdigen Phosphaterzvorkommen verfügt, ist es vollständig auf Importe aus zunehmend instabilen Weltregionen angewiesen. Vor dem Hintergrund globaler Versorgungsgipässe und wachsender Nachfrage hat sich Phosphor zu einem kritischen Rohstoff entwickelt. Bereits 2017 wurde Phosphor von der Europäischen Kommission in die Liste der versorgungskritischen Rohstoffe aufgenommen, nachdem 2014 zunächst Phosphatgestein gelistet wurde.

Die Bedeutung von Phosphor wird zukünftig weiter zunehmen. Neben seiner Bedeutung für die Erzeugung von Lebensmitteln spielt er insbesondere in der Mobilitäts- und Energiewirtschaft eine wichtige Rolle, da er unter anderem für die Herstellung von Batterien und Akkus benötigt wird. Angesichts dieser Entwicklung behalten Industrienationen wie China und die USA ihre Phosphorvorkommen zunehmend für den eigenen Bedarf und exportieren sie nicht. Dies betrifft auch andere strategisch wichtige Rohstoffe wie Lithium oder Kupfer.

Eine gezielte Förderung des Phosphorrecyclings könnte die Wertschöpfung und Versorgungssicherheit Deutschlands erheblich verbessern und die Abhängigkeit von Importen nachhaltig reduzieren.

2. Anpassung der Düngemittelverordnung

Eine zentrale Maßnahme zur Förderung des Phosphorrecyclings ist die Anpassung der deutschen Düngemittelverordnung (DüMV). Aktuelle Regelungen schränken die Verwendung von Phosphorzyklen aus Klärschlamm als Düngemittel massiv ein. Um den Einsatz von Recycling-Phosphor zu ermöglichen und für Unternehmen Planungs- und Investitionssicherheit zu schaffen, empfiehlt die DPP eine zügige Überarbeitung der DüMV dahingehend, dass Klärschlamm und

Klärschlammassen als zulässige Ausgangsstoffe für die Herstellung von Düngemitteln anerkennt werden.

3. Investitionssicherheit durch Gebührenfähigkeit

Die Umsetzung der Phosphorrückgewinnungspflicht ab 2029 erfordert erhebliche Investitionen. Um die finanziellen Mehrbelastungen für Kommunen tragfähig zu machen, hält die DPP die Umlagefähigkeit von Maßnahmen zur Phosphorrückgewinnung für unverzichtbar. Länderspezifische kommunale Abgabengesetze müssen so gestaltet sein, dass die im Rahmen der Klärschlamm-entsorgung entstehenden Kosten für Maßnahmen der Rückgewinnung von Phosphor in die Abwassergebühr – bereits heute – einkalkuliert werden dürfen.

Auch die kommunale Abwasserrichtlinie (KARL) muss umgesetzt werden, was ebenfalls zu einer Gebührenerhöhung führen wird. Daher wäre es sinnvoll, die auslösenden Faktoren an die Bürgerinnen und Bürger zu kommunizieren.

4. Investitionssicherheit durch langfristige Ausschreibungen

Langfristige Ausschreibungen und Verträge bieten Anreize, frühzeitig in Anlagen zur Phosphorrückgewinnung zu investieren. Die derzeit üblichen, kurzfristigen Ausschreibungszeiträume für die Verwertung von Klärschlamm und Klärschlammasse behindern hingegen Investitionsentscheidungen und damit den Aufbau von notwendigen Kapazitäten für die Phosphorrückgewinnung. Um Planungssicherheit und Investitionsbereitschaft bei Unternehmen sicherzustellen, bedarf es einer Veränderung in der Vergabepraxis und Vertragsgestaltung für die Klärschlammverwertung.

5. Förderung der Kreislaufwirtschaft und des Marktzugangs für Recyclingphosphate

Phosphorrecycling ist ein wichtiger Bestandteil der Kreislaufwirtschaft und sollte gefördert werden. Die DPP empfiehlt eine nationale Strategie zur Schließung des Phosphor-Kreislaufs, die den Einsatz von Recyclingphosphaten unterstützt. Dies sollte durch flankierende Maßnahmen wie Anreizmodelle für frühzeitiges Handeln ergänzt werden.

6. Vermeidung wirtschaftlicher Belastung durch Zwischenlagerung von Klärschlammassen

Die DPP empfiehlt, auf die Zwischenlagerung von Klärschlammassen zu verzichten, da die damit verbundenen wirtschaftlichen und technischen Risiken erheblich sind. Eine -Zwischenlagerung verteuert die Rückgewinnung. Stattdessen sollte eine unmittelbare Behandlung zur Phosphorrückgewinnung angestrebt werden.

7. Langfristige Ressourcenautonomie

Deutschland benötigt darüber hinaus eine langfristige Strategie zur Sicherung seiner inländischen Phosphorressourcen. Diese Strategie würde nicht nur den Zugang zu wichtigen Rohstoffen sichern, sondern auch die Resilienz Deutschlands gegenüber Marktunsicherheiten erhöhen.

8. Dialog und Zusammenarbeit aller Beteiligten

Ein kontinuierlicher Austausch zwischen allen relevanten Akteuren – einschließlich Industrie, Kommunen, Behörden, Ministerien, Forschungseinrichtungen, beratende Ingenieure, der Landwirtschaft und der Regierung – ist entscheidend für die erfolgreiche Umsetzung der Phosphorrückgewinnung. Nur durch einen regelmäßigen Dialog, in dem die verschiedenen Ziele und Herausforderungen aller Beteiligten sichtbar werden, können gemeinsam tragfähige Lösungen entwickelt werden. Ein Netzwerk, in dem sich alle Akteure gegenseitig verstehen und unterstützen, schafft die Grundlage für eine zügige und effektive Umsetzung der Phosphorrückgewinnung. Kommunikation und Zusammenarbeit bilden dabei den Schlüssel zum Erfolg.

Daher sollte der Dialog weiter intensiviert werden. Die DPP bringt als Netzwerk zahlreiche Akteure der Branche zusammen und bietet eine Plattform für Diskussion und Wissensaustausch. Sie kann Bund und Länder bei der Organisation und Durchführung von Dialogveranstaltungen unterstützen und stellt ihre Expertise in Diskussionen, Arbeitsgruppen und Fachforen zur Verfügung. Zudem bietet die DPP an, an Treffen der LAGA-Arbeitsgruppe zur Phosphorrückgewinnung teilzunehmen.

9. Transparenz durch messbare Meilensteine

Das Thema Phosphorrecycling ist für viele Akteure noch wenig greifbar. Das Fehlen großtechnischer Anlagen und die oft schwer nachvollziehbaren Fortschritte in Forschung und Praxis erschweren es, die Vorteile und den tatsächlichen Fortschritt dieser Maßnahmen zu erfassen. Um den Weg zur flächendeckenden Phosphorrückgewinnung für alle Beteiligten transparenter zu gestalten, bedarf es messbarer Meilensteine. Solche Meilensteine würden Fortschritte sichtbar machen und Akteuren Orientierung bieten, während die Phosphorrückgewinnung schrittweise etabliert wird. Durch Transparenz und messbare Ziele kann das Vertrauen in die Machbarkeit des Phosphorrecyclings gestärkt werden.

Fazit

Für das Wahlprogramm 2024/2025 empfiehlt die DPP die Aufnahme des Themas. Es ist in mehrerlei Hinsicht elementar für den Umwelt- und Ressourcenschutz und die Autonomie Deutschlands. Die Integration des Phosphorrecyclings in politische Strategien ist ein entscheidender Schritt für ein nachhaltiges Phosphormanagement, Ressourcenautonomie Versorgungssicherheit und Kreislaufwirtschaft. Angesichts globaler Versorgungsrisiken und wachsender Nachfrage erfordert die Umsetzung der Phosphorrückgewinnung ab 2029 klare politische Maßnahmen. Dazu zählen die Anpassungen der Düngemittelverordnung und Abgabengesetze, Investitionssicherheit durch langfristige Ausschreibungen und Gebührenfähigkeit. Der Ausbau einer Kreislaufwirtschaft, unterstützt durch Recyclingquoten und Anreizmodelle, kann die Abhängigkeit von Importen reduzieren. Transparente Meilensteine und eine verstärkte Zusammenarbeit aller relevanten Akteure schaffen die Basis für eine effektive Umsetzung. Die Förderung von Recyclingphosphaten und der Verzicht auf kostenintensive Zwischenlagerungen sind weitere Prioritäten, um langfristig Deutschlands Resilienz und Versorgungssicherheit zu stärken.